

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M 1 (ohne Postgebühren),
bei Zusendung unter Kreuzband M 1,40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Vert. J. Paepflow, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Verlags-Anzeigen
für die druckfertigen Beilagen oder deren Raum 60 A.
Zeilungs-Preisliste Nr. 6838.

Inhalt: Betrachtungen über Volkswirtschaftswesen. — Die Wohnungsfrage. — Wirtschaftliche Rundschau. — Aus dem Reichstage. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. Jahresberichte der Gewerkschaften: Bau Leipzig. Versammlungen und sonstige Bewegung. Zur Krankenunterstützung. — Krankenkasse. — Aus Unternehmertreffen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streifenabendungen. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

Die Gewährung von Schulbüchern, Schreib- und Zeichenmaterialien und Arbeitsmaterialien für den Handarbeitsunterricht in der Volksschule ist verhältnismäßig bei Weitem keine so kostspielige Sache als die Ausstattung der höheren Lehranstalten mit Lehrmitteln. Für Berlin z. B. würden nach einer von den sozialdemokratischen Vertretern in der Stadtverordnetenversammlung vorgelegten Berechnung diese Kosten etwa M 3 bis M 4 pro Kind jährlich betragen. Uebrigens werden dort die Lehrmittel auf Antrag der Eltern ohne besondere Prüfung ihrer Einkommensverhältnisse aus städtischen Mitteln verabfolgt, mit der Maßgabe, daß diese Zubehörung nicht als Armenunterstützung gilt. Eugen Richter (in seinem vorher genannten Buche) bemerkt: „Etwa 10 pSt. der Eltern beziehen auf diese Weise in Berlin die Lehrmittel unentgeltlich. In denjenigen Stadtteilen, wo die Sozialdemokratie systematisch die Eltern aufführt (III), sich zum unentgeltlichen Bezuge zu melden, empfangen sogar 80 bis 40 pSt. der Eltern solche Lehrmittel.“ Die Wahrheit ist, daß diese Eltern begründete Ursache haben, rüchselhaft ihrer schlechten Einkommensverhältnisse beim schulischen Bezuge unentgeltlicher Lehrmittel für ihre Kinder Gebrauch zu machen. Hinzukommt, daß darin zugleich das Wellennutz zu einem Prinzip liegt, dessen Umbedingte und völlige Anerkennung und Verwirklichung die Sozialdemokratie erstrebt. Man macht so viel Ruhmens darüber, daß in Preußen die untersten Stufen der Klassensteuer aufgehoben worden sind, Arbeiter, welche für mehrere schulpflichtige Kinder die Lehrmittel bezahlen müssen, sind dadurch erheblich stärker in Anspruch genommen, als durch eine Klassensteuer von etwa M 6 oder M 9.

Die Gewährung der sittlichen Pflicht der Allgemeinheit dar, allerdings leider mit der Wirkung, daß der Armenempfänger bürgerlicher Ehrenrechte verlustig wird. Auch die unentgeltliche Verpflegung bedürftiger Schulkinder ist eine sittliche Pflicht der Allgemeinheit. Ihr ist unbedingt der Vorzug zu geben vor den beiden anderen Arten der Hilfe. Diese Hilfe trägt nichts Entwürdigendes an sich. Ja man kann sie unter weitergehenden Gesichtspunkten durchaus dem System der Volkserziehung einordnen als integrierenden Teil derselben. Ist und mit Recht, auf die Gemeinamkeit des Lernens und das gemeinsame Spiel wie die gemeinsame Arbeit im Gegensatz zu der Vereinzelung und Vereinzelung der Kinder ein höher erzieherischer Wert zu legen, sind diesen Einrichtungen hohe sittliche und ethische Wirkungen beizumessen — weshalb nicht auch den regelmäßigen gemeinsamen Maßzeiten der Kinder? Sie können in hohem Maße der Pflege der Geselligkeit dienen, und mehr, was Friedrich Ludwig Jahm in Bezug auf gemeinsames Spiel und Turnen sagt: „Da lernt die Jugend von Klein auf, gleiches Recht und Geseß mit Anderen halten; da hat sie Brauch, Sitte, Ziem und Schritt in lebendigen Ansätzen vor Augen.“ das trifft auch auf gemeinsame Maßzeiten der Kinder zu. Wir möchten, daß diese Frage grundsätzlich als ethische Erziehungsfrage behandelt wird.

Betrachtungen über Volkswirtschaftswesen.

III.

Die Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit des Unterrichts näher zu begründen, ist wohl überflüssig. Es genügt nicht, daß kein Schulgeld erhoben ist, wie es in Preußen bei der Volksschule der Fall; es muß hinzukommen die Unentgeltlichkeit des Lehrmittels. Die Gewährung derselben ist ebenso selbstverständlich, wie die Vergabe der Schulbücher, Schultafeln, Wandkarten, Turngeräte zc. Aber überall fräuben sich die Schulverwaltungen, sie zu gewähren. Als vor einigen Jahren die Frage der Aufhebung des Schulgeldes zur Förderung stand, erklärte der Berliner Magistrat: man dürfe in der Schule keinen Unterschied machen zwischen Reich und Arm und auch Niemand zwingen, Wohlhabenden nachzugehen, um einem Geseß zu gehorchen, d. h. seine Kinder in die Schule zu schicken. Das trifft aber nicht nur auf die Schulgefretheit, sondern im engeren Zusammenhang damit auch auf die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel zu. Wie sehr diese arme Leute früher nicht die Mittel hatten, Schulgeld zu bezahlen und ihre Kinder deshalb in die Armenschule schicken mußten, so können jetzt Viele das Geld für die Lehrmittel nicht erschwingen; sie sind genötigt, die „Wohltat“ der Gemeindeverwaltung in Anspruch zu nehmen, und diese legt die Gewährung freier Lehrmittel dann nicht selten als „Gewährung öffentlicher Armenunterstützung“ aus, welche die Entziehung des Wahlrechts zur Folge hat.

Zu den entschiedensten Gegnern der Lehrmittelfreiheit gehören die freisinnigen Eugen Richter*) vertritt die von der freisinnigen Mehrheit der Berliner Stadtverordneten gegen diese Freiheit geltend gemachte Ansicht: in der Selbstbeschaffung der Lehrmittel sei ein „wesentliches erzieherisches Element“ zu erblicken; das Kind müsse „lernen, sein kleines Eigentum zu verwalten; daraus entwickle sich der Sinn für Ordnung, Sparsamkeit und Geseßmad“. Dies sind haltlose Ansichten, denen man mit Recht den Satz entgegenstellen kann: Nicht im Kaufen, sondern im Verwalten liegt das bedeutsame Moment der Erziehung. Es ist ein durchaus gesunder Gedanke, daß der Bürger auch dahin erzogen werden muß, ihm von der Gemeinde anvertrautes Eigentum zu respektieren.

Nicht minder haltlos ist der häufig erhobene Einwand, die Unentgeltlichkeit der Lehrmittel präge der Volksschule den Charakter der Armenschule“ auf. Wenn das zuträfe, so trügen die höheren Lehranstalten, und je höher je mehr, auch diesen Charakter, denn der Staat liefert ihnen Lehrmittel, die verhältnismäßig außerordentlich viel größere Ausgaben erfordern, als die Lehrmittel für die Volksschule kosten würden. Da handelt es sich um die Anschaffung von Bibliotheken, wissenschaftlichen Sammlungen, Experimentier-Apparaten, Modellen, Maschinen und Werkzeugen. Es ist noch nie vorgekommen, daß Jemand diese Zubehörungen als eine „Entwürdigung“ der höheren Lehranstalten bezeichnet hätte. Im Gegenteil, die bessere und beste Geselligkeit ist so z darauf, ihre Kinder diese Anstalten besuchen zu lassen.

Uebersetzen wollen wir nicht, daß für die Lehrmittelfreiheit der Berliner Lehrerverein und verschiedene andere Lehrervereinigungen sich ausgesprochen haben.

Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, welche in ihrem Programm die Forderung: „Unentgeltlichkeit der Verpflegung in der öffentlichen Volksschule“ hat. Diese Forderung hat aus der sozialdemokratischen Partei selbst heraus Anfechtung erfahren. Die „Neue Zeit“ schrieb im Jahre 1896 darüber: „Wir erblicken in dieser Forderung theils einen Rückfall in den Utopismus, theils eine bedenkliche Neigung zur Pflege des Pratorianergeistes in der Arbeiterschaft. Für eine kommunistische Gesellschaft wäre es überflüssig, für die bürgerliche Gesellschaft, in der wir uns befinden, läßt sie darauf hinaus, die Arbeiter zu ver lumpen, sie zur Gewöhnung an die Fütterung aus der Staatskrippe zu erziehen.“ Diese Befürchtung würde aber doch nur unter gewissen Voraussetzungen begründet sein. Es ist wohl zu beachten, daß die Forderung mit einer schwerwiegenden unheilvollen Thatsache rechnet. Ungezählte dem Proletariat angehörende Eltern sind, besonders wenn sie von Arbeitslosigkeit oder Krankheit heimgesucht werden, nicht im Stande, ihren Kindern die nötigen Nahrungsmittel zu reichen. Die Lehrerschaft weiß am besten Aufschluß darüber zu geben, wie so völlig unvereinbar mit dem Erziehungsinteresse es ist, hungrende, durch Entbehrungen aller Art geistig und körperlich zerrüttete Kinder unterrichten zu müssen. In irgend einer Weise muß diesem Zustande ein Ende gemacht werden. Es giebt dafür nur drei Wege: die private Wohltätigkeit, die öffentliche Armenunterstützung und die Uebernahme der Verpflegungspflicht auf die Schule. Letztere Weg erscheint, wenn schon ein Uebel, doch das kleinste Uebel. Den sittlichen und praktischen Wert der Privatwohltätigkeit, die für solche Zwecke sich betätigt, schlagen wir nicht hoch an, wie wir denn überhaupt für die Bekämpfung sozialen Uebels nur einen sehr bedingten und begrenzten Wert beimesen. Von besonderen sittlichen Wirkungen der öffentlichen Armenpflege ist auch nicht zu reden, aber ihre Aus-

Die Wohnungsfrage.

Nicht zum geringsten Theil gebührt der Sozialdemokratie das Verdienst, der Masse des Volkes die faktische Ungerechtigkeit des Privateigentums an Grund und Boden, speziell hinsichtlich der Wohnungsfrage, zur Erkenntnis gebracht zu haben. Aber dieses Eigentum und sein wohl erworbenes Recht findet — mit Rudolph von Fehring zu sprechen*) — noch einen Rückhalt an den Sonderinteressen von Tausenden von Individuen und von ganzen Ständen, die sich im Laufe der Zeit mit ihnen in einer Weise verbunden haben, daß es sich nicht befechtigen läßt, ohne jene Sonderinteressen in empfindlicher Weise zu verletzen. Das Privateigentum an Grund und Boden und den Rechtsanspruch darauf, es bewohnt, in Frage stellen, heißt all diesen Interessen den Krieg erklären, einen Kolonnen Iudexen, der sich mit tausend Armen festklammert hält. Jeder solche Versuch ruft in naturgemäßer Verthätigung des Selbsthaltungstriebes den heftigsten Widerstand der betroffenen Sonderinteressen und damit einen Kampf hervor, bei dem nicht das Gewichtigere überhand, sondern das Mächtigere verhältniß den Ausschlag giebt. Wer wollte leugnen, daß das kapitalistische, private Grundeigentum einen der wesentlichsten politischen Machtfaktoren im Klassenstaat darstellt. Das damit verbundene Interesse an der Ausschmückung der von solchem Eigentum aus geschlossenen Volkstheile, welche die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bilden, beherrscht die Geseßgebung, die Staatsverwaltung, wie die Gemeindeverwaltung in nahezu unbeschränkter Weise, wofür wir ja überall, auch in Schleswig-Holstein, der Beispiele genug haben. In rücksichtsloser Weise pocht das Grundeigentum auf sein erworbenes Recht, sich die Masse der Bevölkerung tributpflichtig zu erhalten. Damit wollen wir nicht gesagt haben, daß jeder Haus- und Grundbesitzer mit verantwortlich ist für das System des Grund-, Haus- und Wohnungsschadens, unter welchem gerade die zahlreichsten und ärmsten Volkstheile so furchtbar zu leiden haben.

Es ist genug, an vielen Orten in der Mehrzahl der Fälle, ist der Grundbesitzer, der Haus- und Miethgeber, nicht Anderes, als der keineswegs nebenwärtige Geseßgeber.

*) Richter: Politisches ABC-Buch, 1898, S. 809.

*) Jahm und Gieseher: Deutsche Turnkunst, Berlin 1816, S. 169.
**) Fehring: Der Kampf um's Recht, Wien 1872.

— oder sollte er sich gründlich geändert haben? Wenn wir also von Posadowsky als dem verständlichsten Minister sprechen, dann müssen unsere Leser sich den Ausdruck des seltsamen Organismus hingucken.

Nach den Ausführungen des Staatssekretärs sind Erwägungen im Gange über den Ausschluß jugendlicher Arbeiter und Frauen aus besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben; die Bestimmungen der Konfessionsordnung sollen auf die Arbeiter in den Maßgeschäften ausgedehnt werden; die Einziehung der Geinarbeiter in die Krankenversicherung ist geplant, doch sind noch zahlreiche praktische Schwierigkeiten zu überwinden; noch größere Schwierigkeiten stehen dem Erlaß von Arbeiterchutz-Maßregeln für die Angestellten, Schreiber und Privatbeamten entgegen. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind angewiesen, die Tabellen über die Bestrafungen der Unternehmer wegen Uebertretungen der Schutzbestimmungen eingehend zu bearbeiten; ein Verbot der Verwendung von Weibweil, wie es in Frankreich besteht, scheitert an dem Widerspruch der Meister.

Recht entschieden trat der Staatssekretär den unsinnigen Wünschen der Rüstler entgegen, insbesondere wandte er sich gegen die Einführung des Befähigungsnachweises. Die Reichsregierung hat bekanntlich eine Enquete über den Befähigungsnachweis im Baugewerbe veranstaltet. Anstatt nun ein selbständiges Urteil abzugeben, haben die meisten Innungen das vom Innungs-Vorstand deutscher Baugewerksmeister ausgearbeitete Formular der Regierung eingereicht. Die so zu Stande gekommene Enquete ist für die Regierung wertlos. Wie Graf Posadowsky erklärte, hat der preussische Handelsminister die preussischen Innungen eingehend gerügt und verlangt, daß sie auf Grund eigener Erfahrungen antworten.

Eine recht unsichere Stellung nahm der Staatssekretär gegenüber einem Urteil des Preussischen Oberlandesgerichts gegen das Breunner Arbeitersekretariat ein. Graf Posadowsky hat zwar noch immer die Auffassung, daß die Arbeitersekretariate keine gewerblichen (Konfessionspflichtigen) Institute sind. Wo aber die Gerichte gesprochen haben, da kann selbstverständlich die Verwaltungsbeförderung und die politische Behörde nichts mehr thun, und wenn der Vertreter glaubt, daß er zu Unrecht wegen unterlassener Meldepflicht eines gewerbesteuerpflichtigen Betriebes bestraft ist, kann er nur noch den Weg der Gnade beschreiten. Die Gerichte sollen freilich unabhängig und unbeeinträchtigt von der politischen Behörde ihr Urteil sprechen. Wenn aber die Gewerbeordnung einmal solche Mißdeutung wie im Breunner Falle zuläßt, dann läßt es die Regierung dringend nötig, eine Novelle zur Gewerbeordnung vorzubereiten, um das Recht zu schaffen. — Im Uebrigen sprach der Staatssekretär mit einer gewissen Freundlichkeit von den Gewerkschaften: „Ich sehe aus dem Standpunkt, daß, wo die Arbeiter in gewerblichen Betrieben ihre Berufsinteressen vertreten, sie auch voll gehört werden müssen. (Sich richtig bei den Sozialdemokraten.) Ich habe deshalb auch keinen Anstoß daran genommen, seitens des Reichsamtes des Innern einen Kommissar zum Stuttgarter Gewerkschaftskongreß zu entsenden, und meine mündlichen ausdrücklichen Zustimmung in die arbeiterstatistische Abteilung des Reichsstatistischen Amtes auch mit den organisierten Gewerkschaften in Verbindung getreten, um von ihnen das Material zu erhalten, das für die Bearbeitung des Arbeitsmarktes wichtig ist und in der Statistik verwendet werden soll, die seiner Zeit erscheinen wird.“

Anknüpfung an diese Ausführungen wies der Abgeordnete Hoch (Sozialdemokrat) am Mittwoch darauf hin, daß in einigen Wägen in Berlin der zweite Kongreß der Bauarbeiter stattfinden werde, auf dem Bauarbeiter aus allen Theilen des Landes durch freigewählte Vertreter ihre Wünsche und Forderungen aussprechen lassen werden. Auf dem Kongreß vor vier Jahren war das Reichsamt des Innern nicht vertreten. Redner spricht die Erwartung aus, daß nach dem Vorgange des Gewerkschaftskongresses nun die Regierung auch zu diesem Kongreß Vertreter entsenden wird.

Dieser Hinweis war dem Grafen Posadowsky wenig angenehm; er suchte in's Feld, daß seitens des Reichsverwaltung keine Beamten in solche Arbeiterversammlungen als Zuhörer geschickt werden, in denen durch die äußerliche Deforation des Raumes ihr monarchisches Gefühl verletzt werden könne. Sie können nicht verlangen, daß laienrechtliche oder förmliche Beamte Kongresse beizuhören, bei denen die äußeren Zeichen eine andere Staatsform verherrlichen. Das wird auch in Zukunft nicht geschehen. Beim Stuttgarter Gewerkschaftskongreß waren die Deforationen nicht geeignet, das monarchische Gefühl der Abgeordneten in irgend einer Weise zu verletzen. Der württembergischen Regierung sollen Garantien gegeben worden sein, daß die monarchische Bestimmung der Regierungsvertreter durch die Deforation keine Einbuße erleide. (Ob und inwiefern dies zutreffend ist, mag hier unerörtert bleiben. Wir erinnern uns nur, daß im Stuttgarter Kongreßtotal die Deforation eine ähnliche war, wie bei den meisten Arbeiterkongressen; auf dem Podium rechts und links vom Bureau standen inmitten von Blumen und Blümpchen die überlebensgroßen Büsten von Marx und Kallie, Fahnen der Arbeitervereinigungen, Entwürfe und Stoffdeforationen waren angebracht, wobei die rote Farbe bemerkenswerth hervortrat. Andererseits ist aber auch die nachträgliche Entschuldigung für das Nichterscheinen von Regierungsvertretern auf dem ersten Bauarbeiterkongreß wenig glücklich. Der Einberufer des Kongresses erhielt damals folgende Antwort:

Vertreter des Reichsamtes des Innern können zu ... Kongresse ... zu meinem Bedauern mit Rücksicht auf die Lage der Dienstgeschäfte nicht entsandt werden.

Graf von Posadowsky.
(Daß die bei der Deforation müßsamlich hervorbrachte rote Farbe die Entsendung von Regierungsvertretern verhindern werde, hat damals Graf Posadowsky mit keinem Worte erwähnt. Möglicherweise verjagt jetzt der Herr

Staatssekretär Einfluß zu gewinnen, auf die Ausschüßmüchungs-Kommission für den diesjährigen Bauarbeiterkongreß. Wegen unser mag der Saal auf Staatskosten delorirt werden. (Die Red. v. Grundstein.)

Genosse Hoch besprach weiter die Lage des Bauarbeiterkongresses, betonte, daß bis zum vorigen Jahre keine der bürgerlichen Parteien den Mund aufgethan hätte, um für den Schutz der Arbeiter einzutreten. Redner wies dem Staatssekretär die Pflicht zu, die Versuche, die auf dem Gebiete der Baukontrolle gemacht werden, mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Im Uebrigen hielt Hoch eine scharfe Abrechnung mit den bürgerlichen Parteien, insbesondere mit dem Zentrum, das nun in seiner Wahlpolitik förmlich von „Arbeiterfreundlichkeit“ trieft. Das Zentrum hat sich nämlich nun auch noch — am Dienstag — unter Vorantritt seines Renommirabgeordneten Stöckel-Essen entschlossen, die gesetzliche Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für die Arbeiter in gewerblichen Betrieben zu fordern. Anfänglich hatte sich das Zentrum auf die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter beschränkt.

Wir dürfen in diesem Vorgehen der Zentrumsparthei einen Erfolg des unablässigen Drängens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion feststellen. Ohne Sozialdemokratie — keine Sozialreform; ohne die sozialdemokratischen Arbeiterchutzforderungen — kein Zentrumsarbeiterchutz. Der dem Reichstag vorliegende Antrag der Sozialdemokratie auf Einführung des zehnstündigen Tages und Verbeführung des neuen und achtstündigen Arbeitstages hat das Zentrum genötigt, auch auf diesem Gebiete aus der sozialpolitischen Unthätigkeit ein wenig hervorzutreten. Die Sozialdemokratie hat gerade deshalb zunächst den zehnstündigen Tag als erste Etappe auf dem Wege des Arbeiterschutzes gefordert, um das Zentrum zu zwingen, seine langjährigen Versprechungen einzulösen. Jetzt mußte das Zentrum Farbe bekennen. Wäre es dieser, im Reichstage ausfallende Partei ernst gewesen mit dem Arbeiterschutz, dann wäre der gesetzliche zehnstündige Maximalarbeitszeit längst zur Durchführung gebracht.

Von den Sozialdemokraten sprachen noch die Abgeordneten Albrecht und Reus. Horn schilderte die zahlreichen Mißstände in den Glashütten und forderte das Verbot der Sonntagsarbeit, während Albrecht den Herren Stöckel und Raafse eine maßgebende Aufsicht bereite und ferner die Forderungen der Heimarbeit gründlich und energisch petraht. Reus hielt die Rede, wobei er dem Herrn Stöckel ein paar kräftige Wiedersprüche unter die Nase hielt. Dem Staatssekretär, dem das republikanische Symbol ein Greuel, erwiderte Reus treffend, daß sich die Gleichberechtigung der Arbeiter nur in der vollendeten Demokratie verwirklichen lasse. Wie es mit dieser Gleichberechtigung jetzt beschaffen ist, zeigte unter Redner an der Reichstagsfeier des Landarbeiters, dem das Sozialrecht noch immer nicht gegeben ist und dem selbst das Genossenschaftsrecht beschränkt wird.

Die Forderung des Reichstages bot die ganze Woche hindurch ein flüchtiges Bild. Von den fast 400 Abgeordneten waren zeitweilig ganze 25 anwesend. Hätten die Sozialdemokraten es den bürgerlichen Parteien gleichgethan im Wankensitzen, dann hätte der Reichstag kaum tagen können. Das Parlament ist wirklich weit herunter gekommen. — Am Montag soll die Sitzung ausfallen. Wahrscheinlich werden die Mehrheitsparteien Anstrengungen machen, ihr „Stimmvieh“ heranzubringen, um die Debatte abzuwürgen.

Der Reichstagspräsident hat dem Senatorenbesand die Mitteilung gemacht, daß die Regierung beabsichtigt, die Neuwahlen Mitte Juni stattfinden zu lassen. Als Schluss der Session ist der 3. April in Aussicht genommen, vorausgesetzt, daß der Etat bis zum 1. April fertiggestellt wird.

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen.

In Alt-Heidenhof kam es zu Differenzen bei der Firma Schöng & Kölling. Die Kollegen haben die Arbeit eingestellt.

In dem Arbeitsbezirk Altstorker-Wartin-Brühl-Eternberg sind die Differenzen noch nicht beigelegt. Vorläufig sind von Brühl aus 14 Kollegen ausgesperrt. Die Unternehmer verlangen den Austritt aus dem Verband. Wenn es offenes Wetter bleibt, dürfte die Situation sich bald klären.

In Rosdorf ist es gleichfalls noch beim Alten. Die Sperren sind zwar aufgehoben, aber die Unternehmer (Zinnungsmeister) machen von dem Angebot der an den Sperren beteiligten gewesenen Gesellen keinen Gebrauch, obwohl Arbeitskräfte gebraucht werden.

In Grundhausen-Brandsee erstreckte sich die Aussperrung auf sämtliche bisher beschäftigte Kollegen, 46 an der Zahl; Unternehmer waren 8 an der Aussperrung beteiligt, einer hat inzwischen bewilligt und 4 Gesellen in Arbeit gestellt. 19 Kollegen sind sofort abgerufen. Die Konjunktur ist sehr günstig; wenn alle angelernten Bauten bis zum Beginn der Wabellation fertig werden sollen, müssen durchgängig 80 Mauerer beschäftigt werden.

Die Plattenleger und Anseher in Köln a. Rh. haben die Arbeit am Mittwoch voriger Woche eingestellt, wie die von den Unternehmern geplante Verschärfung der Arbeitsbedingungen abzumehren und um die Akkordarbeit abzuschaffen. Die Unternehmer haben es (wie überall) verstanden, die anfänglich nicht ganz solchen Akkordpreise von Jahr zu Jahr wieder heranzubringen und den Arbeitern immer mehr Verantwortung (für schlechtes Material etc.) aufzubauhen. Im Januar d. J. nun sollten die Gesellen die noch weiter herabgesetzten Akkordpreise durch Unterwürfigkeit anerkennen und damit gewissermaßen für längere Zeit stillgehen. Dagegen wehren sich die organisierten Plattenleger ganz entschieden; sie fordern namentlich die gänzliche Befreiung des Akkordhakens und Zahlung eines Tagelohns von M. 6 in Köln und von M. 7 für auswärtig. Unterhandlungen scheiterten an dem „Herrenkandpunkt“ der Unternehmer. Eine Organisation der Arbeiter erkennen sie

nicht an. Für den Streik kommen ungefähr 40 Plattenleger in Betracht.

Die Bielefelder Kollegen sind gegen die Lohnreduktion des Unternehmers Klarchorf beim Vorstand des Arbeiterbundes“ vorstellig geworden. Der Herr Vorstand“ hat aber festgestellt, daß Klarchorf laut seiner Lohnliste „mit wenigen Ausnahmen einen höheren Lohn als 40 S., und zwar 46 bis 47 S. pro Stunde zahlt“. Einigen Jüngeren und dann noch einigen Gesellen zahlt Klarchorf nur deshalb einen niedrigeren Lohn, weil er ihre Leistungen noch nicht kennt. Der Herr Vorstand“ ermahnte die Gesellen auch recht väterlich, nur ja keine Unzufriedenheit aufkommen zu lassen, die zu weitgehenden Differenzen zwischen Meister und Gesellen führen könnte. Im Uebrigen will der Vorstand abwarten, wie die Verhältnisse sich gestalten; er ist der Meinung, daß gegenwärtig die Bauperiode nicht begonnen habe und daher von einem festgelegten Arbeitsverhältnis nicht die Rede sein könne. Darnach scheint der Vorstand der Ansicht zu sein, daß die Abmachungen von den Unternehmern nur in der Zeit der Hochkonjunktur innewerkraft werden brauchen.

Unsere Kollegen haben sich aber keineswegs mit den „Feststellungen“ des Arbeitgeberverbandes“ zufrieden gegeben, sondern sie haben selbst eine Lohnliste für die Klarchorfer Werkstelle aufgestellt. Darnach erhielten bisher: 1 Geselle 35 S., 6 Gesellen 40, 10; 42, 23; 43, 15; 44, 18; 45, 4 Gesellen 47 S. Stundenlohn. Das ergibt einen Durchschnittslohn von 43,27 S. und eine erhebliche Differenz mit den „Feststellungen“ der Arbeitgeber.“

Die Bielefelder Kollegen bitten nach wie vor um Fernhaltung des Zugangs.

Zugang ist auch weiterhin fern zu halten von Regel (Engels & Walsing), Wilsdorf (Georg Albrecht), Waren i. M. (Gerber & Sohn) und Döhms. Ebenfalls von allen übrigen genannten Orten, wo die Kollegen ausgesperrt sind oder sich im Streik oder in Differenzen befinden.

Eine Aussperrung der Bauarbeiter hatten sich die Unternehmer in Schluß (bei Albed) gelistet. Sie haben aber dabei keine Vorbeeren gepflegt. Es kam zu Unterhandlungen zwischen der Bielefelder Innung „Wauhüte“ und dem Gesellenauschuß, wobei folgende Vereinbarungen erzielt wurden: Die Schlußper Unternehmer sind verpflichtet, in Schluß bei zehnstündiger Arbeitszeit 48 S. Stundenlohn für Handwerker und 35 S. für Arbeiter, dagegen auf der Schlußbrauerei 40 resp. 37 S. zu zahlen (weil letzterer Lohn auch schon vorher bezahlt wurde). Dieser Tarif gilt bis zum 1. April 1904, woran tritt eine vierstündige Anbindezeit hinzu ein. Für alle anderen Bielefelder Bielefelder diesseits der Trave (von Albed aus) sind schon jetzt Bielefelder Lohn- und Arbeitsbedingungen maßgebend. Wenn man bedenkt, daß in Schluß so lange ein Lohn von 42 resp. 30 S. bezahlt wurde, also ein Aufschlag von 15 pSt. erzielt worden ist, so können die baugewerblichen Arbeiter, jedenfalls mit dem Erfolg zufrieden sein.

In Berlin hat die Arbeiterkommission (zu gleichen Theilen aus Mauern und Unternehmern zusammengelesen) die zu vereinbarenden Arbeitsbedingungen in einigen Stellungen befristet. Die Unternehmervertreter haben folgendes Angebot gemacht: Der Tarifvertrag wird auf zwei Jahre abgeschlossen und der Stundenlohn in der Zeit vom 1. April 1903 bis 1. April 1904 auf 67 S. und für die Zeit vom 1. April 1904 bis 1. April 1905 auf 70 S. festgesetzt. Demnach werden die Generalversammlungen beider Korporationen sich mit dem Angebot beschäftigen.

In den Unterwerterorten Bremerhaven-Gesellensuche dürfte es gleichfalls zum Abschluß eines vorläufigen Arbeitsvertrages kommen, bei welcher Gelegenheit der Stundenlohn um 2 S. — von 47 S. auf 49 S. — erhöht werden soll. Zwischen dem Gesellenauschuß und dem Innungsvorstand ist der Vertrag vereinbart, und eine von etwa 650 Kollegen besuchte Mauererverammlung hat auch am 6. Februar ihre Zustimmung erklärt.

Weiter wird aus Pinneberg gemeldet, daß die Unternehmer geneigt sind, einen Tarif abzuschließen und den Stundenlohn von 48 auf 50 S. zu erhöhen; über die Zeitdauer des Vertrages ist jedoch noch keine Einigung erzielt worden.

Eine Einigung über die hauptsächlichsten Punkte des abzuschließenden Vertrages soll in Stuttgart am 1. März in Kraft treten.

Eine Auffstellung der bisher erfolgten Bewilligungen sowie der noch unerledigten Forderungen werden wir demnächst veröffentlichen.

Jahresberichte der Gewerkschaften.

Gau Leipzig.

Allgemeine Situation. Die seit Jahren bestehende Krisis hat die kleinen Städte unter 10 000 Einwohnern hart betroffen. Wenn in den Jahren 1898 bis 1900 in diesen Orten bis zu 100 Mauerer beschäftigt waren, so waren es im Vorjahre kaum 20. In Leipzig, Wahren, Chemnitz und Altenburg war die Konjunktur in der Mitte des Jahres gut, hing aber im September schon an, abzusinken. In Gera war die Bauhäufigkeit sehr schlecht. Neubauten gab es fast gar nicht; in Gera waren in der guten Periode circa 800 Mauerer beschäftigt, dagegen im Vorjahre nur bis zu 800. Auch Halle hatte keine gute Baukonjunktur. Infolge dieses Zustandes wurden die verlassenen Orte a von Zugzug überflutet, woraus auch dort Arbeitslosigkeit selbst für die ortsbekanntesten Kollegen sich ergab. Etwas besser war die Arbeitslage in den Orten mit Süderwindkurve, in Auerbach, Glesfeld, Falkenstein und Pausa. Einheimische Mauerer giebt es in diesen Orten wenig und diese wenigen haben infolge des guten Geschäftsganges in der Spitzenperiode die Mauerer an den Nagel gehängt und sind zur Spitzenerlei übergegangen. Die benötigten Mauerer kommen aus Oesterreich, vielfach sind es Tiroler. Bei elfstündiger Arbeitszeit liegt der Stundenlohn auf 30—32 S.; er ist auch trotz der Nachfrage nach Mauerern noch geringen. Organisationsfragen bestehen infolge der eigenständigen Sachlage in diesen Orten nicht; es soll aber in diesem Jahre noch Neuen der Versuch, hier festen Fuß zu fassen, unternommen werden. Ein einseitiges Schmelzen sind wie das Wogland ist das städtische Ergebnisse. In den Städten Schneeberg, Eibenfeld, Johann-Georgenstadt und Schmalzgerberg sind ebenfalls die städtischen Mauerer beschäftigt. Die Bauhäufigkeit war hier nicht besonders beliebt. Der Stundenlohn beträgt 28—30 S., und wird täglich 12—13 Stunden ge-

arbeit. Die hier beschäftigten Maurer sind nicht gerade Gegner der Organisation, sie besitzen aber auch nicht den Mut, sich derselben anzuschließen, aus Furcht vor Maßregelungen. In Aue und Annaberg-Buchholz war die Konjunktur leidlich, trotzdem ist der Stundenlohn in den letzten beiden Orten um 2-3 A pro Stunde herabgedrückt worden. Die Arbeitszeit beträgt auch hier 1 Stunde pro Tag. Wöchentliche-Maurer sind in allen drei Orten nur in geringer Zahl beschäftigt. Die Leute zur Organisation anzuregen, war uns nur in Annaberg möglich; bisher ist die Mitgliederzahl schwach geblieben, hoffentlich gelingt es, von den über 200 beschäftigten Maurern die Mehrheit für den Verband zu gewinnen. In Aue, dem besitzlosen Gläubigen des ganzen Erzgebirges, besitzt die Arbeiterschaft kein Verammlungslokal. Verammlungen einzubereiten ist unmöglich. Es besteht auch hier noch die 8stündige Arbeitszeit, der Stundenlohn beträgt 34-35 A. In Aue sind über 200 Maurer beschäftigt, wovon nur wenige ihren ständigen Wohnort am Orte selbst haben. Die Kollegen müssen alltäglich weite Wege zurücklegen. Bisher war hier die Organisationsarbeit vergebens. Die Mitgliederzahl blieb in den Zweigvereinen und Einzelmitgliedern allgemein fest. Von den größeren Städten mit bisher schwacher Mitgliederzahl haben Chemnitz und Plauen geringen Fortschritt zu verzeichnen. Auch in diesen beiden Orten werden böhmisches Maurer in großer Zahl beschäftigt. Die Zweigvereine Bohemisten und Oberleit haben sich aufgelöst, während die Orte Gönners, Rötha, Gelenau, Annaberg und Pauls neu gewonnen worden sind, so daß zum Gau Leipzig 78 Mitglieder gehören.

Im 3. Quartal 1901 betrug die Mitgliederzahl 10 451 und im 8. Quartal 1902 10 323. Siernach könnte dem einem Rückgang der Mitgliederzahl gesprochen werden. Das würde aber nicht richtig sein. Die Differenz dürfte darauf zurückzuführen sein, daß es jetzt mit der Einstellung der Mitglieder strenger genommen wird als vor Jahren. Es sind früher Mitglieder mitgezählt worden, die infolge ihrer großen Weisheits nicht mugezählt werden dürfen.

Lohnbewegungen und Streiks. Lohnbewegungen sind nur in Altenburg, Schmöln und Hohenmölsen zu verzeichnen gewesen. In Altenburg verlangten die Kollegen 9stündige Arbeitszeit und 42 A Stundenlohn; diese Forderung wurde bewilligt. Bemerkenswert ist, daß die Altenburger Kollegen diesen Erfolg nur ihrer strammen Organisation zu verdanken haben; von etwa 400 am Orte beschäftigten Maurern sind kaum 10, welche (wohl aus irgend welchen Gründen, Ausschluß usw.) nicht Mitglieder des Verbandes sind. In Hohenmölsen kam es am 16. April zum Abwehrstreik. Die Unternehmer hatten den Stundenlohn von 38 auf 36 A herabgesetzt. Die Konjunktur war günstig und die Bewegung setzte anfangs gut ein, wenngleich eine geringe Anzahl von Maurern, angeblich zu dem Stundenlohn von 38 A, weiter arbeitete. Zugung war überhaupt nicht zu verzeichnen. Trotzdem ging der Streik und auch der Zweigverein verloren. Die Ursache war das erbärmliche Verhalten der Streikenden. Eine große Anzahl derselben hatte in Leipzig Arbeit gefunden, diese schert ihnen aber nicht besonders gefallen zu haben, denn nach einigen Wochen verließen viele Leipzig, um in Hohenmölsen die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Die traurige Rolle, welche spielten allerdings die Vorstandsmitglieder, und zwar wiederum diejenigen, welche sonst den Mund nicht weit genug aufreissen können. Gerade derjenige Kollege, welcher am 27. April die Bankkonferenz besucht hatte, hat sich am schließlichen benommen. Gälten sich diese Leute die ganze Sache besser angehen sein lassen, dann dürfte der Zweigverein nicht verloren gehen, auch müßte die Unternehmerschaft die Forderung bewilligen. Bemerkenswert ist auch, daß wir in mehr als 20-jähriger Tätigkeit für die Maurerorganisation kein weiterer solcher Fall bekannt geworden ist. Die Bewegung in Schmöln entwickelte sich erst im Monat Juli. Die Kollegen forderten 9stündige Arbeitszeit und 38 A Stundenlohn. Die Unternehmer erklärten sich zur Unterhandlung bereit, und nahm auch der Gewerkschaftsverband daran Teil. Es wurde eine Einigung dahin erzielt, daß die Unternehmer das Versprechen abgaben, vom 1. Januar 1903 den Stundenlohn zu erhöhen; auch sollte die Fortsetzung der Arbeitszeit eintreten. Das Nähere sollte im Monat Oktober zwischen dem Zweigvereinsvorstand und den Unternehmern in gemeinsamer Sitzung vereinbart werden. Ob die Unternehmer ihr Versprechen gehalten haben, darüber haben die Schmölnener Kollegen den Gewerkschaft im Dunsteln gelassen. In Halle, Leipzig und Eilenburg kam es zu Bauverleuten. In dem ersten Orte sollten Lohnsätze verhindert werden; ob dies gelungen ist, darüber ist der Gewerkschaft nicht unterrichtet worden. In Leipzig handelte es sich um bessere Behandlung seitens des Unternehmers und in Eilenburg um Maßregelung. Diese Angelegenheiten wurden in einem Tage zu Gunsten der Kollegen beendet.

Die Kassenerhältnisse gestalten sich wie folgt:

Einnahme.	
Kassenbestand am 1. Januar 1902	M. 2700,29
Vom Verbandsvorstand, 6 pBl. der Einnahmen im Gau	4867,70
Aus den Zweigvereinen, Einzelmitgliedern	2371,56
Summa	M. 9939,55

Ausgabe.	
An Gehalt im Jahre 1902	M. 1800,-
Für entgangenen Arbeitsverdienst	61,55
• Mieten	1046,-
• Fahrgebl.	422,90
• Druckkosten	145,55
• Porto und Schreibmaterial	41,86
• Briefe	5,25
• Mische, Feuerung, Licht usw.	108,50
• Rechtsanwaltskosten	80,50
Summa	M. 3662,10

Bilanz.	
Einnahme	M. 9939,55
Ausgabe	3662,10
Bestand	M. 6277,45
Auf Sparkasse belegt M. 4500,-	

Die Kassenerhältnisse der Kasse sind günstig; dieselben müßten aber noch bessere sein, wenn nicht noch ein Teil Zweigvereine mit den Beiträgen im Rückstand wäre. Die Rückstände betragen, die Mitgliederzahl vom 3. Quartal zu Grunde gelegt, über M. 400. Es wäre erwünscht, wenn die Zweigvereinsvorstände und Vertrauensleute bei Aufstellung der Quartalsabrechnungen sich endlich daran gewöhnen wollten, daß auch der Beitrag für die Kasse mit in Rechnung gestellt wird.

G. Jacob, Vorsitzender.

Verammlungen und sonstige Bewegung.

Jahresabrechnung 1902 des Zweigvereins Berlin (Sektion der Püger).

Einnahme.	
Einkittschlüssel à 50 A für 192 Mitglieder	M. 96,-
50403 Wochenbeiträge à 25 A	12600,75
Unterstützungsfondsmarken 1901	1624 à 50 A 812,-
	1287 à 25 A 321,75
	56023 à 50 A 28011,50
	17485 à 25 A 4371,25
9 Erbschaften à 25 A	225,-
34 Protokolle vom letzten Verbandstag, à 20 A	680,-
Ueberschuß von der Matinee	22,75
Ueberschuß vom Maskenball	218,50
Stiftungsfrist	15,-
Vom Kassier des Zweigvereins (Unterstützungskommission) zurückgehalten	68,24
Rufen vom Jahre 1901 und 1902 bis Oktober	676,10
Sonstige Einnahmen	2,25
Bestand vom Jahre 1901	22813,95
Summa	M. 67426,17

Ausgabe.	
An den Zweigvereinskassier abgeliefert	M. 24280,40
Für Unterstüzung gemäßigter Kollegen (Malksperrung)	800,-
Unterstützung erkrankter Kollegen	1950,-
in 21 Sterbefällen	1840,-
Bausparen aus drücklichen Mitteln	1275,50
die streitenden Weber	210,-
Lohnentfaltung der drücklichen Verwaltung	4080,-
Ausschüsse im Bureau	16,-
Rechtschutzkosten und Prozeßkosten	238,90
Gewerbeitrag im 1. Quartal	50,-
Für Druckkosten und Inserate	478,65
Bautenaufnahme und Extratontole	169,80
Fahrtgebl. bei der Baukontrolle	62,95
Für Revisionen, Vorstände, Obmänner u. sonstige Sitzungen	400,60
Entschädigung der Hilfskassierer	114,-
Kostportage des „Grundstein“	1481,01
18 Stühle für verstorbene Mitglieder und für die Margeritinnen	105,-
Honorar des Gesangslehrers, Noten u. sonstige Entschädigungen	201,-
Porto und Schreibmaterial	84,99
Licht, Heizung und Reinigen des Bureau	45,-
Vorträge und sonstige Agitationskosten	89,40
Innobilien- und Krankenkassenbeiträge	66,62
Sonstige Ausgaben	68,03
Summa	M. 36991,85

Bilanz.	
Einnahme	M. 67426,17
Ausgabe	36991,85
Bestand	M. 30434,32

G. Neumann, Revolutionsminister. H. Reipen, Kassier.

Aug. Kurzrot, Wils. Nordmann, Paul Hoffmann.

Die Abrechnung wurde in der Verammlung am 4. Februar als richtig anerkannt. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Weiter beschloß die Verammlung, an den Verbandstag den Antrag zu stellen, es bezüglich der Ehrenmitgliedschaft in der bisherigen Weise zu belassen.

Konferenz für den Gau Osten.

Am Sonntag, den 8. Februar, tagte im Schmuckhaus zu G. l. n. g. eine Konferenz, die von 13 Zweigvereinen durch 20 Delegierte besucht war; und zwar hatten entsandt: Königsberg 5, Danzig, Ebing und Jüterburg je 2, und Bromberg, Golbau, Graudenz, Gumbinnen, Osterode, Eilsch, Tapiau, Thorn und Wehlau je 1 Delegierter. Die Zweigvereine Romig, Labiau, Maltberg und Stallupönen hatten ihr Fernbeteiligen ausschützig mit dem Hinweis auf unzureichende Mittel in den Lokalfassen, während die Vereine Culmbach, Rakel und Willau, die gleichfalls viele Delegierte entsandt hatten, kein Wort der Entschuldigung hören ließen.

Der Vertrauensmann des Gaus, Kollege Schwarz, eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßungsansprache an die Delegierten, wobei er den Wunsch aussprach, die Arbeiten der Konferenz möchten zum Wohle der Bewegung ausfallen.

Die Tagesordnung lautete: I. Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. II. Die Lohnbewegung in diesem Jahre. III. Agitation und Lokalfrage. IV. Anträge der Zweigvereine.

V. Wahl des Vorstandes und der Revisoren.

Zum Geschäftsbericht, der den Delegierten gedruckt vorlag, führte Kollege Schwarz ergänzend aus: Bei Gründung des Gaus, am 8. Dezember 1901, hätten wir uns wohl alle keinen großen Hoffnungen hingegen, daß wir im nächsten Jahre erhebliche Fortschritte machen würden, weil die Krisis noch sehr stark fühlbar war. Unsere Erwartung ist erfreulicher Weise übertrumpft worden, indem der Mitgliederbestand sich um 1000 Personen erhöht hat. An einigen Orten, hauptsächlich in Königsberg, wurden wesentliche Erfolge erzielt. Von dem Rückgang der Baukonjunktur wurde, was sprechen bedeutend schwerer getroffen als die Arbeiter, deshalb habe die Organisation auch wohl in irgendeiner Form mehr Fortschritte gemacht als in anderen. Trotz der Ertragsmangeln können wir aber unter keinen Umständen zufrieden sein. Von den im Gau wohnhaften und beschäftigten circa 8000 Maurern sind erst 2380 organisiert. Wir müssen aber alle oder doch die übergroße Mehrheit der Kollegen in unseren Reihen haben, damit wir dauernd in der Lage sind, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe in diesem Herrschaftsgebiet der Junker zu geben. Wir sind völlig auf unsere eigene Kraft angewiesen, denn alle bürgerlichen Gesellschaftsklassen stehen uns feindselig gegenüber. Nur unsere Organisation kann uns schützen und stützen, durch unablässigen Kampf. Können wir den Sieg erringen. In Königsberg führte Rechner aus, daß sich infolge unserer Agitation auch unsere Herren „Arbeitgeber“ organisiert hätten. In Königsberg und Jüterburg sind Zweigvereine des „Deutschen Arbeiterbundes“ gegründet worden, um die Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen. Die Unternehmer reden freilich von „unersättlichen“ und „unersättlichen“ Forderungen, in ihren Augen sind aber alle Ansprüche der Arbeiter, auch die möglichsten

und geringsten, unerfüllbar und unerfüllbar. Die Mißstände auf den Baustellen in unserem ganzen Bezirk sind berichtig, daß sie zum Bauen schreiten, die Arbeitszeit ist unmenslich lang, die Löhne in vielen Orten so niedrig, daß nicht das trodene Brot damit erwerblich werden kann. Und bei alledem sind die Arbeiter so „unersättlich“ — sich zu bauen, sich abzurufen, um freispiegeligen Unternehmern ein angenehmes Leben zu sichern. Um den Unternehmern mehr und Uebermut zu dämpfen, müssen die Arbeiter sich eine schlagende Organisation schaffen, die sowohl im Angriff als in der Abwehr gleich sicher und tätig ist.

In der Diskussion führte Kollege Dubsch-Königsberg an, daß schon seit 20 Jahren die Maurer Königsbergs den Versuch gemacht hätten, sich zu organisieren, es sei aber immer nicht richtig vorwärts gegangen; nur im letzten Jahre sei dieses gelungen, deshalb auch die Erfolge. Es sei bedauerndwerth, daß die Mitgliederzahl in Danzig so bedeutend abgenommen habe. Reithammer-Stolz gliedert sich auch betreffs des von ihm vertretenen Vereines den besten Hoffnungen hin; die Unternehmer hätten während der Krisis die Löhne von 45 auf 28 A herabgedrückt, das habe auf die Kollegen eingewirkt. Die Hälfte sei bereits organisiert. Grünhagen-Danzig berührt die letzten Kollegen der Danziger Organisation gegen den etwaigen Verband, ihre Schutligkeit nicht geüben zu haben, weil die Mitgliederzahl so gesunken sei. Die Schuld liege vielmehr daran, daß die wirtschaftliche Krise in Danzig ganz besonders hart eingelegt habe. Beispielsweise hätten im Jahre 1901 in Danzig 18000 Maurer gearbeitet, hingegen 1901 nur 661. Diese ungeheure Arbeitslosigkeit habe sich das Unternehmertum Danzigs zu Nutze gemacht und einen maßlosen Druck auf die Arbeiter ausgeübt. Matinal und Wieser-Königsberg sprachen auch über die Ertragsmangeln durch den Streik und wünschten den anderen Zweigvereinen recht bald denselben Erfolg. Neumann-Wehlau führte aus: Wir werden wie Knechte behandelt, mit „Jhr“ und „Euch“ angeredet; Maßregelungen sind an der Tagesordnung. Wir haben Lohnforderung gestellt. Der Bürgermeister, der auch Maurer gelernt hat, soll gesagt haben: „Bist mir die Stierl nur kommen, die werde ich schon fette machen.“ Vielfach wird der Bürgermeister wieder zur Stelle gerufen. Man hat uns bereits 3 Lokale abgetrieben, das letzte war angeblich zu klein; die Verhöre ist um unsere Grundstücke so besorgt, daß sie für die Perion 10 Kubikmeter Luft dorfschreibt. Nur um die Zustände auf den Baustellen kümmert sich die Polizei nicht. Zuletzts-Osterode: Bei uns herrschen fast dieselben Zustände; wir haben trotzdem mit Hilfe der Organisation die Arbeitszeit um eine Stunde vergrößert. Die Lokale treibt man uns auch ab, die Löhne sind reduziert worden. Demgegenüber haben wir Forderungen gestellt. Matinal II. Königsberg führte aus, daß der dortige Lokalverein noch oft Veranlassung zu Reibereien gebe, auch sonst Hindernisse für die Ausbreitung der Organisation biete. Lena-Graudenz erwidert in der „Gefahrenüberdacht“ das größte Übel der Krise in der Entwicklung des dortigen Zweigvereins. Diese „Brüder“ seien hinterlistig und fallen den Kollegen in den Rücken. Unter Anderem wurde gelegentlich ein Vergnügen der Zweigverein von der „Brüderchaft“ beim Bürgermeister als sozialdemokratisch denunziert. Der Zweigverein hat Forderungen gestellt, die „Brüderchaft“ dagegen habe ein Verbot erteilt, die Unternehmung gerichtet. Die Herren Meister haben geantwortet, daß sie eben etwas zulegen würden. Trotz alledem glaubt Rechner, daß es gelingen werde, auch die „Brüderchaft“ von der Hochvertraulichkeit des Verbandes zu überzeugen. Adomeit-Jüterburg: Unser Zweigverein ist erst kürzlich gegründet worden, und deshalb noch wenig zu berichten. Die Unternehmung haben sich dem „Arbeiterbundes“ angeschlossen, sind aber darüber, daß die Jüterburger Maurer sich dem Verband angeschlossen haben, ganz aus dem Häuschen; sie maßregeln und schimpfen uns „Rumstuler“ und „Lumpen“. Unser Verein macht aber gute Fortschritte. Kreis-Ebing: Unser Zweigverein hat im vergangenen Jahre auch an 100 Mitglieder gewonnen, trotzdem wir unter einer sehr schädlichen Baukonjunktur zu leiden hatten. Es ist uns gelungen, ohne Arbeits-einstellungen den Lohn wieder auf die alte Höhe zu bringen, außerdem konnten wir erzwingen, daß 7 gemäßigtere Kollegen wieder eingestellt wurden. Ich gebe mich den besten Hoffnungen hin, da dem Wunsch nach die Konjunktur sich hebt, daß es uns gelingen wird, die Mitgliederzahl baldigst zu verdoppeln. Baum-Thorn: Auch bei uns haben wir die Krisis schwer empfunden; viele Kollegen mußten auswandern. Es scheint jedoch, als wenn es jetzt mit der Arbeit besser wird, und wollen wir alle gemeinschaftlich mitwirken, die Organisation zu leben. Rosenthal-Bromberg klagt ebenfalls, daß die Krisis sich bedeutend bemerkbar gemacht habe; trotzdem hätten die Unternehmung immer versucht, billige Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen. Infolge der strengen Organisation seien die Kollegen aber im Stande gewesen, das Ertragsmangel festzuhalten. Wob-Danzig entnimmt den Berichten, daß wir Fortschritte gemacht haben, trotzdem hier und da besonders in Danzig, die Mitgliederzahl zurückgegangen sei. Das liege in den Verhältnissen. Die Danziger Kollegen würden auch in Zukunft ihr Pflicht thun, um vorwärts zu kommen.

Zum Punkt 2 referierte Schwarz ausführlich über die Art und Weise, wie die Forderungen an die Unternehmung zu stellen seien, wobei er besonders auf die Anordnungen des Vorstandes hinwies. Mit einem nochmaligen Appell an das Sozialistengefühl der Kollegen schloß Rechner seine Ausführungen. In längeren Ausführungen sprach Grünhagen-Danzig gleichfalls über die Lait bei Streiks, machte darauf aufmerksam, daß die Forderungen gestellt werden. Weiter kritisierte Rechner scharf verschiedene Thesen des Unternehmerräters Herzog in Danzig. Die kürzigen Rechner äußerten sich im Sinne des Referenten. Im 3. Punkt, wie Schwarz besonders darauf hin, daß der Realismus in Kollegenkreisen nicht gestiftet werden müsse. Es sei Pflicht der Verwaltungspersonen, die Mitgliederverammlungen immer interessiert zu gestalten. Was die Schule verammlt, müsse in den Verammlungen nachgeholt werden. Ganz besonders ernstlich müsse darauf geachtet werden, die Kollegen den Festschreiben fernzuhalten. Wir sind freilich auf den Versuch von Wirtschaftlichen angewiesen, der Verammlungen wegen, man müsse sich aber unabhängige Lokale zu erkämpfen suchen. Empfohlen wurde dann noch von einigen Rednern die Einkassierung der Beiträge im Gau und dem Verbandesmitgliedem mehr Beachtung zu schenken.

Zum Vorhinein des Gaus wurde Kollege Schwarz einstimmig wiedergewählt. Die Wahl der Revisoren wurde dem Zweigverein Danzig übertragen. Nach einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Schwarz, worin er zu reger Mitarbeit auf forderte, wurde die Konferenz mit einem dreifachen Hoch auf den Maurerverband Abends 6 Uhr geschlossen.

system eingeführt werde, um auf diesem Wege die mit dem Beitrag verknüpften sämtlichen Mitglieder an ihre Pflichten dem Verbande gegenüber zu erinnern. Strauß forderte der Besorgende die Kollegen nochmals auf, in diesem Jahre mit erneuerter Kraft auf den Bau der für den Ausbau des Zweigvereins eingetretene, sowie für die in nächster Zeit stattfindende öffentliche Versammlung zu agieren.

Der Zweigverein München hielt am 1. Februar seine Generalversammlung ab. Die Versammlung wurde bei starkem Besuch vom Vorsitzenden Schäfer präzis 8 Uhr Nachmittags eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab er das Ableben von drei Kollegen bekannt. Die Versammlung ehrte deren Andenken durch Erheben von den Sitzen. Der Kassierer verlas die Abrechnung, deren Richtigkeit von den Revisoren bestätigt wurde. Aus dem Jahresbericht geht hervor, daß am Jahresabschluss die eingeschriebene Mitgliederzahl 681 beträgt, davon sind circa 400 Neuaufgenommene; 278 haben keine Beitragsrückstände, 142 sind rückständig bis zu 9 Wochen, 27 bis zu 18 Wochen, 142 über 18 Wochen. Es bleibt eine zu rechnende Zahl von 460 Mitgliedern. Sehr erfreulich ist das Anwachsen der Mitgliederzahl, die sich gegen das Vorjahr fast verdoppelt hat. Für die Hauptliste wurden angenommen und an die abgehandelt M. 6888,85. Der Lokal-kassenbestand betrug am Schluß des Jahres M. 1359,07. Eine angestrebte Tätigkeit hatte der Vorstand zu bewältigen. Es haben stattgefunden in diesem Jahre 10 Mitglieder, 10 öffentliche, 29 Nachbarnvereinsammlungen, 18 Auswahlsammlungen, 6 Annahmeveranstaltungen, 22 Sitzungen im Gemeindefestverein, Arbeiterkommission, Gesellenauschuß, zusammen 49 Versammlungen, 68 Sitzungen und 64 Vorträge. Arbeitervertreter wurden aufgestellt: 8 Kollegen für das Gewergericht, 24 für das Annußgeschichtsgewerbe, 1 für die Bauberufsgenossenschaft, 6 für das Landesversicherungsamt und obere bayerische Invalidenversorgung. Letztere wurde verteilt: Die Organisation der Maurer, Profikasse vom 6. Verbandstag, Volksliste und Minimalliste. Der Bauarbeiterklub in Bayern, Berufskommision des Vereins für die Volkshygiene. Das Maurergewerbe in der Statistik, Angewandter Kramm-Prozesse, Denkmal des Zwinger Maurerzirkels und eine Sattler-Prozesse. Nach dem Bericht der Gewerkschaftsvertreter und der Arbeiterkommission wurde dem Ausschuss Nachtrag erteilt. In die Vermahlung wurden Franz Schäfer als erster Vorsitzender und Stanislaus Schweiber als erster Kassierer gewählt. Mit der Vertreibung des Zweigvereins auf dem Verbandstag wurde F. Schäfer beauftragt. Ein Antrag an dem Verbandstag will bewirken, daß seitens des Verbandsvorstandes die Internationalliste mehr gepflegt werde, besonders sich danach hingehört werden, daß unsere Mitglieder im Auslande (England, Amerika, Frankreich) die besten Rechte genießen, wie die fremdlandischen Kollegen in unserer Organisation. Dann wurde eine vom Kollegen Wuh eingebrachte Resolution zur Frage der Arbeitslosenversicherung angenommen, die besagt, daß es im dringenden Interesse des Verbandes und der Krankenkassen liegt, an der Lösung des Problems mitzuwirken. Die Fortleitung der schon verlaufenen Versammlung wurde für den dritten Sonntag im Februar beschlossen. Nachdem der Vorsitzende Schäfer die Mitglieder dringend aufgefordert hatte, die Arbeiterpresse, hier die Münchner Post, die einzig und allein unsere Interessen vertritt, fleißig zu abonnieren, schloß er mit einem Hoch auf die Organisation um sieben Uhr Abends die Versammlung.

Der Zweigverein Münster i. W. hielt am 6. Februar seine Mitgliederversammlung ab. Nach Erteilung einiger geschäftlicher Angelegenheiten (u. a. wurde beschlossen, ein Einigungsfrist abzugeben) hielt Kollege Brüggemann einen belehrenden Vortrag über: „Die Organisation früher und jetzt“. Kollege Bolmer berichtete über die Agitation; sie soll mehr als bisher auf den Bauern betrieben werden.

Der Zweigverein Neubrandenburg hielt am 31. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren für richtig erklärt wurde. Daraus wurde als erster Vorsitzender Kollege Rübberg, als Kassierer Kollege Keller gewählt. Dem Kollegen Meyer, der schon sehr lange krank ist, wurden M. 10 aus der Lokalkasse bewilligt. Danach fand eine Aussprache über die Aufnahme eines Kollegen statt. Derselbe hat in der Streitfrage in Friedland gearbeitet, auch nur immer das halbe Jahr bezahlt, und die andere Zeit den Bräuberger geistert. Es wurde von der Versammlung beschlossen, den Kollegen zur nächsten Versammlung einzuladen. Wenn er eine Erklärung abgibt, daß er sich gegen den Zentralverband der Maurer Deutschlands verhalten habe und daß er in Zukunft ein treues Mitglied werden und ferner die drei Jahre, die er immer nicht voll bezahlt hat, nachzahlen will, kann er aufgenommen werden. Hierauf wurde vom Vorsitzenden scharf geurteilt, daß die Versammlungen immer so schlecht besucht sind. Viele Kollegen halten es das ganze Jahr nicht für nötig, einmal zur Versammlung zu kommen, denn von 80 Mitgliedern sind in der Regel 20 bis 25 anwesend, wahrhaftig ein schlechtes Zeugnis.

Am Sonntag, den 8. Februar, hielt die Sektion der Friesenleger in Nürnberg ihre regelmäßige Mitgliederversammlung im Restaurant Martin Behaim ab. Der Kollege Ulrich Boos aus gewissen Gründen den Vorsitz niedertreten, so wurde Kollege Giesbold mit diesem Amt betraut. Inzwischen wurde folgender Antrag an den Verbandstag zur Vernehmung gestellt: „In Erwägung, daß sich in den letzten Jahren eine lebhaftere Agitation unter den Friesenlegern bemerkbar gemacht hat, daß ferner die Agitation nicht einseitig sondern nach verschiedenen Richtungen geführt wird und ein großer Prozentsatz der Friesenleger gelernter Maurer sind, in Erwägung ferner, daß außer in Nürnberg nur noch die Kölner Friesenleger dem Zentralverband der Maurer angehören, wir aber durch den Beschluß des ersten Kongresses der Friesenleger in Berlin am 20. Mai 1902: „Gründung einer selbstständigen Branchenorganisation“, vollständig isoliert sind, trotzdem aber das größte Interesse daran haben, alle Friesenleger Deutschlands einheitlich organisiert zu wissen und zwar im Zentralverband der Maurer, beantragen wir als Grundfrage für den Auschuß folgende Paragrafen: § 1. Der Verbandsvorstand resp. die Gau- und Zweigvereinsvorstände sind angewiesen, die Agitation der Friesenleger, welche sich dem Zentralverband der Maurer anschließen wollen, nicht wie bisher hindern in den Weg zu treten, sondern dieselbe auf's Kräftigste zu fördern und zu unterstützen. § 2. Die Friesenleger einer jeden Stadt bilden eine eigene Zelle mit gleichen Rechten und Pflichten wie die andern am betreffenden Orte schon bestehenden Zellen (gemäß den Einrichtungen

der Zellenstellen Berlin I, II, III, IV). Es verbleibt ihnen deshalb auch der gemäß §§ 16, 18, 18b und 18c des Statuts festgelegte Anteil von den Eintrittsgeldern und Beiträgen für ihre Lokalkasse.“ Der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Strauß gelangte ein Antwortschreiben der Kölner Kollegen zur Verlesung, in welchem sie uns hauptsächlich ihre Forderung an die Unternehmer dorfschrieben. Ferner werden noch Schreiben von den Münchener Kollegen (Freie Vereinigung) bekannt gegeben, in welchem sie sich mit dem Lohndrücker Karl Westphal beschäftigen. In Punkt „Verkleidenes“ wurde die Beitragssfrage nochmals erörtert und die Beschlüsse als verfaßt bezeichnet. Endlich erklärte Kollege Geib, daß er das Einfließen nicht mehr machen könne; das Amt wurde einstweilen vom Schriftführer übernommen.

Anmerkung: Die Zweigvereinsvorstände werden vor Aufnahme des Friesenlegers Karl Westphal genannt. Derselbe wurde von der „Freien Vereinigung München“ ausgeschlossen, weil er als Lohndrücker austrat und auch sonst einige nicht empfehlenswerte Eigenschaften besaß.

Am 5. Februar hielt der Zweigverein in Stolp i. P. im neuen Vereinslokal (Robert Seife) die erste diesjährige Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende erklärte die Kollegen, daß sich der neue Bezirk bereit erklärt hat, sein Lokal sämtlichen Vereinen und öffentlichen Versammlungen zur Verfügung zu stellen, nun auch denselben durch regen Besuch in jeder Weise zu unterstützen. Darauf wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besprochen. Es wurde beschlossen, die Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends gelten zu lassen; der Lohn soll den örtlichen Verhältnissen entsprechend für Junggelehrten und ältere Mitglieder auf 40 A, für alle anderen Kollegen auf 45 A bemessen werden. Der Vorstand wurde ersucht, baldmöglichst das Quartier zu veranlassen. Hierauf verlas der Kollege Oskar Müller die letzte Quartalsabrechnung sowie auch die Jahresabrechnung. Nach genauer Durchsicht wurde Alles für richtig befunden und dem Kassierer Nachtrag erteilt. Weiter wurde der Delegierte für den Gantag in Götting, Kollege Mettmann, beauftragt, mit dem Gauvorsitzenden über einzelne Punkte, die demselben speziell für den hiesigen Ort aufgegeben sind, zu unterhandeln. Im Punkt „Verkleidenes“ wurden hauptsächlich die Arbeitsverhältnisse für geurteilt, da von verkleidenen Kollegen Überstunden bis 11 Uhr Abends gemacht werden und sie auch im Wald arbeiten, trotzdem wir dies verhindern wollen. Es wurde beantragt und beschlossen, den betreffenden Kollegen eine Klage und Ermahnung zu erteilen. Es sind dies die Kollegen Oskar Müller, Friedrich Nahn, Gustav Fränning, Paul Glente. Nachdem der Vorsitzende darauf hingewiesen, daß die Beteiligung an der Organisation eine bessere werden müsse, ließ sich ein neues Mitglied aufnehmen. Sämtliche Kollegen, die dem alten Gewerk noch angehören, verabschieden, dem Verbande beizutreten.

Der Zweigverein Tangentünde hielt am 7. Februar eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Im ersten Punkt der Tagesordnung beschäftigten sich die Kollegen mit der Lohnfrage in diesem Jahre. Es wurde einstimmig angenommen, daß der Lohn auf 40 A pro Stunde erhöht werden müsse, sobald sich eine günstige Gelegenheit zeigt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Klinkauf gewählt. Im Punkt „Verkleidenes“ wurde beschlossen, daß über die Gelder, welche der Gantage zufließen, in jedem Quartal abgerechnet werden soll. Ferner wurde beschlossen, in Lübeck und Groß-Schwarzlose Zellenstellen zu errichten. Zum Schluß hielt Kollege Klinkauf noch eine sehr ernste Ansprache an die Kollegen über das Verhalten eines jungen Maurers in unserem Verein. Die Versammlung legte dem jungen Manne die Verpflichtung auf, im „Grundstein“ dem Kollegen Klinkauf eine Ehrenerklärung zu geben.

Zur Krankenunterstützung.

In der Mitgliederversammlung des Zweigvereines Offen vom 31. Januar, welche im Lokale der „Vorlustia“, Notstraße, stattfand, gelangte nach vorausgehender Diskussion über den Punkt „Krankenunterstützung“ folgende vom Kollegen Heise vorgelegene Resolution gegen 2 Stimmen zur Annahme: „Der nächste Verbandstag wolle beschließen und dafür sorgen, daß die nächste-Generallversammlung der Zentralkrankenkasse der Maurer, Spizer, Weißbinder u. von Delegierten beauftragt wird, welche bestritt sind, eine Einberufung der gen. Krankenkasse in den Zentralverband der Maurer Deutschlands in die Wege zu leiten. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dann der Verband in der Lage sein wird, auch ohne jegliche Beitrags-erhöhung seinen Mitgliedern eine entsprechende Krankenunterstützung gewähren zu können.“

Der Antragsteller schreibt hierzu: Zu der projektierten Krankenunterstützung (mit welcher ich mich durchaus nicht einverstanden erklären kann, lediglich aus dem Grunde, weil sowas die finanzielle und mithin auch die materielle Leistung des Verbandes indirekt in den Hintergrund gestellt wird) hätte ich noch folgenden Vorschlag zu machen, welcher nach meiner Ansicht auch wohl verdient, in den einzelnen Mitgliederversammlungen diskutiert und dem Verbandstag überwiesen zu werden. Es soll einem jeden Mitgliede des Verbandes überlassen bleiben, sich an der Krankenunterstützungskasse zu beteiligen; jedoch soll jedes Mitglied, welches Anspruch auf Krankenunterstützung erheben will, jede Woche in den Monaten März bis inklusive November eine Krankenunterstützungsmarte im Werte von 20 bis 30 A geben. Das würde bei einem Mitgliederbestand von 86 129 bei 20 A Beitrag eine Einnahme von M. 152 222,20 und bei einem Beitrag von 30 A eine Einnahme von M. 229 848,30 ausmachen. Nun muß man aber annehmen, daß sich nur 60 pZt. der gesamten Mitglieder an der Kasse beteiligen; so würde sich mithin auch der Einnahmebetrag um 60 pZt. reduzieren, ergo würden auch die Krankheitslage reduziert, aber auch die Leistungsfähigkeit der Kasse. Hierbei ist immer im Auge zu behalten, daß die hier in Betracht kommenden Beiträge von den Mitgliedern neben ihren Verbandsbeiträgen angebracht werden und die Verbandsliste nicht in Anspruch genommen wird. Nun, geht den Fall, bei dem Vorstand in Vorschlag gebrachte niedrigste Satz: bei einer Krankenzahl von 8 Tagen für die Zeit vom März bis inkl. November, welcher die Summe von M. 97 410 ausmacht, würde auch dem Verbandstag zum Beschluß erhoben, so wird ohne Weiteres zugegeben werden müssen, daß eine derartige Unterstützung so gut wie gar keine ist. Wenn dieser Betrag von M. 97 410 (oder nehmen wir, falls der Verbandstag etwas günstiger beschließen sollte, den Betrag von M. 114 924,15, welches bei einem Mitgliederbestand von 85 129 pro Woche 16 A

ausmacht) zu den gesamten Beiträgen hinzukommt, so erhalte das bei 20 oder 30 A Beitrag die Summe von M. 287 186,86 bzw. M. 644 779,45. Würde der Zuschuß des Verbandes aber nur bei M. 97 410 bleiben, so würden sich die beiden vorgenannten Summen um je M. 175 114,16 reduzieren. Mit den verbleibenden Summen würde der Verband immerhin in der Lage sein, die Kranken Kollegen einigermassen zu unterstützen. Also, wie gesagt: diese Summen würden zu erzielen sein, wenn sich 85 129 Mitglieder an der Zahlung der Beiträge beteiligen. Nun ist aber schon vorhin gesagt worden, es könnte möglich sein, daß sich nur 60 pZt. der gesamten Mitglieder bereit erklären, die Beiträge zu zahlen. Wenn aber der Verband den fraglichen Zuschuß leistet, so würde sich wohl kaum ein Mitglied anschließen, weil es ja sonst von dem auch von seinem Beitrag geleisteten Zuschuß keinen Nutzen hätte. Ferner trifft die neu hinzukommenden Kollegen die Beitragserhöhung nicht, und diese werden sich nicht lange besinnen, der Kasse beizutreten.

Diese Zusammenstellung und Berechnung bedingt insofern keine Beitragserhöhung, weil Niemand gezwungen werden kann, der Kasse beizutreten. Ferner werden wir das eine Gut damit erreichen, daß unsere Kollegen den heute noch vielfach bestehenden Schwindelkassen nicht in die Arme laufen. Ich hoffe, von den Delegierten des Verbandstages, daß sie sich auf diesen Vorschlag reichlich überlegen und auf dem Verbandstag mit in Beratung ziehen.

Krankenkasse.

Die Filiale Halle der Zentralkrankenkasse hielt am 27. Januar ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Das Andenken des verstorbenen Kollegen Wils. Friedrich wurde in der üblichen Weise geehrt. Die Abrechnung vom 4. Quartal ergab infol. Bestand eine Einnahme von M. 1809,31, der eine Ausgabe von M. 1720,27 gegenübersteht. Die Ausgabe drehte sich auf folgende Posten: Personelle Veränderung M. 151, Arznei und sonstige Heilmittel M. 157,55, Kranfengeld erster Klasse M. 82,50, zweiter Klasse M. 1008, dritter Klasse 122,50, Unterstützung an Angehörige M. 19, Verpflegungskosten in Krankenheilstätten M. 38,75, Ersatzleistungen M. 51, Verwaltung (persönlich) M. 85 (sachlich) M. 8,97. Die Jahresrechnung bilanziert mit M. 6653,94 Einnahme und M. 6464,90 Ausgabe. In der Einnahme sind enthalten M. 400 Zuschuß der Hauptkasse; dies-Be Summe konnte auch nur an die Hauptkasse abgeführt werden. Der Kassenbestand verringerte sich um M. 68,65; um diesen Betrag war also die wöchentliche Einnahme kleiner als die Ausgabe. Von den 281 Mitgliedern waren allein im 4. Quartal 22 krank, und zwar im Durchschnitt 21,5 Tage. Als Bewohnmächtiger wurde Westphal, und als Kassierer Stube wiedergewählt. Der Bewohnmächtiger gab bekannt, daß die Mitglieder den laut Versammlungsbeschluß festgelegten Beitrag zur „Sportelkasse“ (für Leidenträger und Kranzpenden), im Betrage von 25 A pro Jahr, nicht bezahlt haben. Gleichfalls wurde der schwache Versammlungsbesuch gerügt.

Am Montag, den 2. Februar, hielt die Filiale Stettin der Zentralkrankenkasse eine Mitgliederversammlung ab. Aus der Jahresabrechnung 1902 ergeben sich folgende Ausgaben: für Doktor M. 1817, für Apotheke M. 1411,27, Kranfengeld erster Klasse M. 115, Kranfengeld zweiter Klasse M. 4428,75, Kranfengeld dritter Klasse M. 40,85, Unterstützung der Angehörigen M. 207,46, Siergebeld zweiter Klasse M. 300, Verpflegungskosten im Krankenhaus M. 443,10, Verwaltungsausgaben (persönlich) M. 723,85, (sachlich) M. 74,59, sonstige Ausgaben M. 26,15, an die Hauptkasse eingekandt M. 2850, Zuschuß von der Hauptkasse M. 300. Summa: Einnahme M. 18 549,68, Ausgabe M. 12 433,02. Kassenbestand M. 1107,61. Krankheits-tage waren 2301 zu berechnen, davon für: die erste Klasse 46, zweite Klasse 2212 und dritte Klasse 43. Die Mitgliederzahl beträgt 642.

Aus Unternehmerrreisen.

* Der Vierstädte-Bund der Baugewerks-Zunungen (Gamburg und Umgebung) hat unter dem Vorsitz des Obermeisters Nummer einstimmig beschlossen, den bisherigen Lohn- und Arbeitstarif (Stundenlohn von 65 A) Arbeitszeit bei einem Stundenlohn von 65 A) auch für das Jahr 1903 beizubehalten. Hinsichtlich der Affordarbeit wurde jedoch beschlossen, den im Jahre 1890 gefassten Beschluß, monach kein Mitglied des Vierstädte-Bundes in Afford arbeiten lassen darf, aufzuheben, jedoch nur unter der Bedingung, daß auch für Affordarbeit die neunzehnstündige Arbeitszeit eingehalten und auch nur der Stundenlohn von 65 A ausbezahlt wird, und zwar nur für die wirklich gearbeitete Zeit. Eine Untersuchungskommission soll einen Affordvertrag ausarbeiten. Der Beschluß hinsichtlich der Affordarbeit wurde zwar nicht einstimmig, aber doch mit großer Majorität gefaßt. Dieser Beschluß soll dem Gesellenauschuß mitgeteilt werden, etwaige Verhandlungen mit dem Gesellenauschuß über diesen Tarif sollen nach den Erfahrungen des vorigen Jahres nicht mehr stattfinden. — Die in Frage kommenden Bauarbeiter dürfen ja am Ende auch noch ein Wortchen mitzureden haben; oder wollen die Herren Meister die Arbeiter selbst ausschließen? Dann dürfen sie sich freilich Bedingungen nach ihrem Belieben festlegen.

Aus anderen Berufen.

* Der Konflikt auf der „Wulkan“-Werk in Wegelack ist beigelegt. Wie sich bei näherer Prüfung der früheren Vereinbarungen ergab, waren die Arbeiter wohl berechtigt, an der Beerdigung ihres verunglückten Kameraden teilzunehmen und dabei von der Arbeit wegzubleiben. Das Verbot ist von einem neuen Ingenieur erlassen, der auch die Aussperrung beauftragte. Die Arbeiter haben in ihren Mitgliederversammlungen den Vorschlag der Direktion, die sich auf eine Regelung der Teilnahme an den Beerdigungen und auf eine Beurlaubung des Affordarbeiters der Meier bezogen, angenommen und damit die ganze Sache zu einem günstigen Ende gebracht. Dem brutalen Gewalt der Verleitung waren Differenzen wegen des Affordtarifs der Meier vorausgegangen; die schon längere Zeit eine schwebende Luft auf der Werk erzeugt hatten. Die Arbeiter erwidern die mancherlei artifizischen Schikanen ungern, sie griffen schließlich zu dem Mittel der Sperrung der Werk für Meier und Stemmer und diese wiederum

80. Cassel. Hinter dem Worte „erheben“ ist einzuschalten: Diese Beiträge dürfen nur zu Auskunftsarbeiten oder zur Agitation verwandt werden.

§ 25.

81. Berlin. Dem Absatz 2 ist folgende Fassung zu geben: Die Dauer der Mitgliedschaft in einer gewerkschaftlichen Organisation des Auslandes gelangt zur vollen Anrechnung, sofern der Aufenthalt im Auslande die Dauer von drei Jahren nicht übersteigt.

82. Düsseldorf. Es ist einzuschalten: Und Mitglieder, die sich infolge Verbandsinteressen in Strafhaft befinden. 83. Leipzig (Wauersfeld). Dem Absatz c ist folgende Fassung zu geben: Vom Beitrag befreit sind Mitglieder, welche infolge Krankheit erwerbsunfähig sind, für die Dauer der Krankheit nach Ablauf der vierten Woche.

§ 26 e.

84. Leipzig (Wauersfeld). Absatz 2 ist zu streichen.

§ 26 f.

85. Leipzig (Wauersfeld). § 26 f ist zu streichen und ein neuer § 26 f in folgender Fassung einzuschalten: 1. Auf sämtliche Unterstützung unter § 8 und den §§ 27 bis 33 c steht den Mitgliedern das gesetzliche Klagerrecht zu, sobald eingelegte Beschwerden vom Hauptvorstand und Ausschuss zurückgewiesen ist. 2. Ein gesetzliches Klagerrecht steht denjenigen Mitgliedern nicht zu, die sich gegen die Vorschriften des Statuts vergangen und nach §§ 33 b bis 33 d ausgeschlossen sind.

§ 27.

86. Cassel. § 27 Absatz 2 ist zu streichen. § 28 b.

87. Cassel. Der § 28 b ist zu streichen. § 30 b.

88. Berlin. In Absatz a ist hinter dem Worte „haben“ anzufügen, und solchen, die innerhalb vier Wochen nach beendeter Lehrzeit dem Verband beigetreten sind.

§ 30 c.

88a. Berlin. In § 30 c ist der erste Satz von dem Worte „Bei bis unter b“ zu streichen. § 30 d.

89. Erfurt beantragt: Die Mittelunterstützung ist aus der Hauptkasse zu zahlen. 40. Cassel. Die Worte „aus Mitteln der Lokalkasse“ zu streichen.

41. Hohendobeleben lehnt die Einführung der Krankenunterstützung ab. § 31.

42. Bielefeld. Die Krankenunterstützung ist das ganze Jahr zu zahlen. In den Beitragsmonaten März bis inkl. November sind 10 A Extrabeitrag zu zahlen. 43. Freienwalde a. d. Oder. Die Krankenunterstützung ist das ganze Jahr zu zahlen.

44. Erfurt. Die Krankenzahl kommt in Vorfall, Krankenunterstützung wird im ganzen Jahr gezahlt, aber nur für sechs Wochen. 45. Leipzig (Wauersfeld). Die Worte: „während der Monate März bis inkl. November“ zu streichen.

46. Berlin. Dem Absatz b ist hinzuzufügen: Durch Zahlungsbereitschaft oder durch fremde Schuld aus der Kasse ausgeschiedenen Mitgliedern kann die Unterstützung gewährt werden, wenn sie eine glaubwürdige Bescheinigung über ihre Krankheit bezw. Erwerbsunfähigkeit beibringen. § 31 b.

47. Teltow. Die Krankenunterstützung ist von der fünften Woche an bis zum Ablauf der zwanzigsten Woche zu zahlen. 48. Leipzig (Wauersfeld). Dem § 31 b folgende Fassung zu geben: Die vorstehenden Sätze werden vom zweiten Krankheitsstage ab auf die Dauer von 12 Wochen gewährt. In dem Absatz 2 ist statt „Unterstützungsperiode“ zu setzen: „einem Jahre“.

§ 31 c.

49. Leipzig (Wauersfeld). § 31 c ist zu streichen. § 31 d.

50. Cassel. Als zweiten Absatz anzufügen: Krankenunterstützung aus örtlichen Mitteln darf nicht gewährt werden. § 32.

51. Cassel. Am Schlusse des Paragraphen ist anzufügen: Stirbt ein Mitglied und dessen Ehefrau in einem Zeitraum von innerhalb drei Tage, so ist den Hinterbliebenen für Beide Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung für die Frau darf jedoch die Summe nicht überschreiten, die der Mann nach einjähriger Mitgliedschaft erhalten hätte. § 32 b.

52. Berlin. An Stelle der Worte „14 Tage“ zu setzen „acht Wochen“. 53a. Braunschweig. Statt „14 Tage“ zu setzen „vier Wochen“. § 33 a, b und c.

58. Cassel beantragt die Streichung derselben und die Unterstützung für Jubilare in einem besonderen Paragraphen zu regeln. § 36 b.

54. Hottorf. Als alinea 3 ist anzufügen: Der Ausschluß kann erfolgen, sobald ein Mitglied „Arbeitgeber“ wird. § 36 d.

55. Mainz. Zwischen dem ersten und zweiten Absatz ist einzufügen: Sollen sich in einem Zweigverein, Zählstelle oder Section Unregelmäßigkeiten resp. Meinungsverschiedenheiten ergeben, aus deren Motiven die Mitglieder gegenseitig bekämpfen und dadurch das Interesse des Verbandes schädigen, so kann eine Auflösung nur dann erfolgen, wenn beide Parteien vom Verbandsvorstand und Ausschuss gehört wurden. Der Auflösungsbescheid betreffs der Auflösung muß vom Verbandsvorstand und Ausschuss unterzeichnet sein. § 37 b.

56. Berlin. Im Absatz 2 sind die Worte „und zwar den ersten Vorsitzenden usw.“ zu streichen. 57. Leipzig (Wauersfeld). Als Absatz 4 ist anzufügen: Die Absätze unter 2 und 3 finden auch auf Zweigvereine Anwendung. In Orten mit Einzeimitgliedern hat der Vertrauensmann bei Abhebung von Geldern zwei Revisoren mit hinzuzuziehen.

c). Allgemeine Anträge.

Beirerzung betreffend.

58. Damburg und Braunschweig (Holl und Senoffen): Eine Beirerzung aus Verbandsmitteln zu den Versicherungsbeiträgen der Verbandsbeamten ist unzulässig.

59. Posen (Schutz). 1. Der Verbandstag möge beschließen, eine Kommission einzufügen, die dem Verbandstag Vorschläge zu machen hat über das Verhältnis derjenigen Beamten zum Verband, die in Zweigvereinen oder in Distrikten eines Gaus oder Landesheiltes mit Zustimmung des Verbandsvorstandes tätig sind. 2. Alle Verbandsbeamten, welche nach dem Statut auf dem Verbandstage oder auf den Gaukonferenzen als besoldete Beamte gewählt werden, oder Beamte, die nach Antrag 1 eingesetzt werden, sind als Mitglieder bei der „Unterstützungs-Vereinigung“ gegen Unfall usw. zu versichern. Die Hälfte des Beitrages hat der Beamte, die andere Hälfte die Verbandskasse zu zahlen.

Verichtigung.

In dem vom Vereinsrat unter Nr. 162 gestellten Antrage (Nr. 7 des Grundstein) ist es statt „vom 15. März bis 15. April“ heißen: „vom 15. März bis zum 15. November“.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neu gewählten Verbandsmitglieder derjenigen Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 18 a des Statuts vom Zweigverein Freienwalde: Paul Huth (Wuch-Nr. 94 761), Otto Kupfer (152 617), August Worchard (162 609); Pödejud: Herm. Hein (058 994).

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Max Hochmann - Mählen (Wuch-Nr. 175 740), Otto Schreder-Damburg (095 880), Hermann Wöhlmann-Meichenbach L. V. (168 728).

Der Verbandsvorstand.

Marken-Versand.

Vom 19. Januar bis 14. Februar sind Marken versandt worden (E = Eintrittsmarken, B = Beitragsmarken, A = Arbeitslohnmarken, K = Kolportagemarken, U = Unterstützungslohnmarken, Eh = Marken für Ehrenmitglieder):

- Urensbach 50 Eh. à 15 A. Nidderleichen 20 B. à 50; Apenberg 100 A. à 25. Alt-Glinde 100 B. à 25. Braunischlag 100 E. à 50 A. Bremerhaven 100 E. à 50, 1000 K. à 20, 400 B. à 45. Burg 5. M. 80 B. à 25. Vonn 25 E. à 50. Wunzlau 50 E. à 50, 200 K. à 10. Glemmich 500 K. à 25 A. Gummersdorf 20 E. à 50, 100 K. à 10. Gatau 20 E. à 50, 50 B. à 30. Cobitz 100 B. à 25. Glinde 400 E. à 50. Dortmund 500 B. à 45 A. Driesen 20 E. à 50. Gulin 150 B. à 40 A. Erfurt 500 A. à 5 (Sofaltonb), 200 A. à 25. Einbe 50 E. à 50. Friedrichshagen 800 B. à 55 A. Forst 400 B. à 35. Frankfurt a. Main 100 E. à 50. Finsterwalde 200 K. à 10. Freiburg 400 K. à 15. Friedberg 25 E. à 50. Gerlich 100 Eh. à 10 A. Graubenz 400 B. à 35, 20 E. à 50. Glauchau 14 E. à 50. Glesien 10 E. à 50. Gumburg 1000 B. à 55 A. Harzburg 10 E. à 50. Hagen 25 E. à 50. Herford 100 B. à 30, 20 E. à 50. Jüterbog 100 A. à 25 A. Jüngerleichen 100 B. à 30. Jüßingen 25 E. à 50 A, 40 B. à 30. Kiel 2000 B. à 55. Kaufberg 10 E. à 50. Löhnditz 50 A. à 25 A. Lyden 50 A. à 25. Qßbau 100 B. à 30. Ravensburg 200 K. à 20. Ribbensteich 30 E. à 50, 200 K. à 10. Wehrane 50 B. à 35 A, 25 A. à 25. Weissen 100 B. à 30. Widenborf 50 B. à 55, 50 B. à 50, 50 B. à 45, 50 A. à 25. Wittweba 10 E. à 50. Wetzburg 20 E. à 50. Neustadt i. M. 200 B. à 35 A. Nienstedten 50 B. à 55. Norden 50 B. à 40. Neustadt i. Hoff. 150 B. à 35. Nürnberg 3000 A. à 5 (Sofaltonb), 100 E. à 50. Neubrandenburg 30 B. à 35. Nordenham 50 B. à 45. Oßersleben 50 E. à 50 A. Oßerswärdter 13 B. à 45. Osabrück 60 E. à 50. Pirna 50 A. à 25 A. Posen 200 E. à 50. Prenden 25 B. à 40, 15 A. à 25. Pausa 20 E. à 50. Pödel 50 B. à 30 A. Reichbach 200 B. à 30. Rathbar 150 B. à 25. Reichshall 100 B. à 30, 10 E. à 50. Reihan 10 E. à 50. Schöningen 30 E. à 50 A. Swinemünde 150 A. à 25. Schwedt 25 B. à 25. Stahfurt 15 E. à 50. Schöpffurth 100 B. à 25. Straßburg i. C. 315 E. à 50. Schützenb. 200 B. à 45, 100 B. à 35. Stettin 4000 B. à 50. Schwabau 30 B. à 25. Schmöln 100 B. à 30. Solingen 49 B. à 45. Schopfloh 12 E. à 50. Trabmünde 100 B. à 45 A. Tullingen 50 E. à 50, 200 B. à 30. Wandsburg 35 E. à 50 A, 200 B. à 30. Wellen 20 E. à 50 A. Wollin 9 E. à 50. Werdau 100 B. à 30, 100 A. à 25. Worin 100 B. à 30. Woldeberg 200 K. à 10. Weichenfels 10 E. à 50, 100 A. à 25. Wühlenshaben 100 E. à 50. Zwentau 150 A. à 25 A.

In der Zeit vom 10. bis 16. Februar 1903 sind folgende Beiträge bei der Hauptkassenzahlung eingegangen:

Hauptkassenzahlung.

Von den Zweigvereinen Damburg M. 579,30, Stiel 309, Götlin 114,20, Merloh 100, Neumünster 50, Siedeswagen 38,72, Labani i. D. 33,20, Erfurt (durch Grimm) 25, Schwerte i. W. (durch Schorp) 20, Gelnau 17,28, Ratel 5, Bromberg 6,50, Großenhain 5. Für Prof. Schürle „Das Maurergewerbe in der Statistik“. Götlin M. 8. Damburg, den 16. Februar 1903. Z. Röster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 7. bis 14. Februar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Wandersd. M. 100. Zufüsse erhielten: Reudruppin M. 200, Hermsdorf 200, Zitz 200, Meme 200, Rostock L. M. 200, Siedesbrunn 180, Wabrina 110, Siederich 100, Leibsch 100, Stammheim 100, Geubitz 100, Fiedebald 100, Eichen 100, Todtenhausen 100, Mitzeln 100, Hebenwalde 80, Pödejud 50, Fraulichenhal 40. Summa M. 2210.

Kassa, den 14. Februar 1903.

Z. A.: Karl Reiff, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Stelle kostet 15 A.)

Bromberg. Am 1. Februar verschied unser Verbandskollege Andreas Jagielski im Alter von 42 Jahren an Lungenschwindsucht. Ramburg. Am 10. Februar verschied unser Mitglied Karl Schmidt im Alter von 19 Jahren nach schwerem Krankenlager. Eberberg. Am 18. Februar starb unser Kollege Otto Stanzler im Alter von 42 Jahren an Lungenerleiden. Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 8. bis 14. Februar bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Heinrich Endie-Neubadenleben, Wuch-Nr. 022 114; Geinr. Otto Bengig-Wurzen (Frau); 084 773; Hermann Spannaus-Erfurt, 189 418; Adolf Buchholz-Bruchmühle, 089 152; Ludwig Mole-Hannover, 31 470; Martin Meusch-Hamburg, 184 065; Friedrich Daßhelm-Oberburg (Frau), 159 880; Friedrich Paul-Weitz, 62 912; Karl Sauerland-Brandenburg (Frau), 030 717; Fritz Käthe-Erfurt (Frau), 010 803; Georg Ohlenbach-Frankfurt a. M., 20 867; Ernst Opiß-Dresden (Frau); 061 980; August Theile-Eilenburg, 68 448; F. Graef-Berlin (Frau), 281; Otto Godwyn-Hamburg, 095 338; Heinrich Tärre-Leipzig, 35 761; Wilhelm Weine-Berlin-Niedorf, 3444. Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einbringung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbepunkte desselben resp. seiner Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzutheilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Gau München.

Der Vorsteher F. Karl wohnt jetzt: Fleischerstraße 3, 3. Etage. [M. 1,20]

Tangermünde.

Die Beileidigung gegen den Kollegen Gottfried Klunkau nehme ich hiermit zurück und erkläre, bevestigte Versicherungen in Zukunft gegen Verbandskollegen nicht wieder zu thun. [M. 1,80] Otto Krüger, Maurer.

Anforderung!

Hermann Drescher aus Eldin (Wuch-Nr. 57 817) möchte seine Adresse an L. Fahn, Baumunternehmer in Bülow, senden. [M. 1,50]

Rhemsberg.

Der Zweigverein feiert am Sonntag, 28. Februar, sein

3. Stiftungsfest

im Vereinslokale, wozu sämtliche Mitglieder des Zweigvereins sowie die der Umgegend freundlichst eingeladen werden. [M. 2,70] Der Vorstand.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, 22. Februar.

Berlin. (Section Bismarck) Form. 10 Uhr bei Wilmann, Brunnenbrücke 105. Sitznachmittag zum Verbandstag. Reichsdeutscher Gesellen aller Kollegen bringen erforderlich. Nachmittags 4 Uhr bei F. Zeyer. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen. Nachmittags 8 Uhr im Vereinslokale des Herrn Otto Müller. Bericht der Lohnkommission. Alle Kollegen müssen erscheinen. Nachmittags 8 1/2 Uhr im Eisenmüller'schen Restaurant. Vorstand's nach. Ausgabe der neuen Mitgliedsbücher. Nachmittags 9 Uhr im Vereinslokale, Boulevarde 17. Besondere die Wandarbeiter Kollegen sind bringen eingeladen. Nachmittags 2 1/2 Uhr bei Schlegel. Beschlusfassung über den Beitrag mit den Unternehmern. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Sonntag, 1. März.

Formittags 11 Uhr im Vereinslokale „Zum Deutschen Kaiser“. Die Kollegen werden um pünktliches Erscheinen gebeten.

Dienstag, 3. März.

Abends 8 1/2 Uhr. Versammlung im „Keller“. Das Erscheinen aller Kollegen ist wichtig.

Sonntag, 8. März.

Nachmittags 3 Uhr im Baummann'schen Lokal. Vorstandswahl. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Quer & Co. in Hamburg.